



Deutschlands außenpolitische Verantwortung

Dr. Peter Roell

August 2014

Vorbemerkung

Am 25. August 2014 eröffnete Außenminister Frank-Walter Steinmeier gemeinsam mit Didier Burkhalter, Schweizer Bundespräsident und derzeitiger Vorsitzender der OSZE, sowie Javier Solana, ehemaliger Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, die diesjährige Botschafterkonferenz in Berlin.

Die Konferenz, zu der vom 25. - 28. August 2014 die Leiterinnen und Leiter aller deutschen Botschaften und Konsulate nach Berlin gekommen waren, stand in diesem Jahr unter dem Motto „Review2014 – Außenpolitik Weiter Denken“. In über 60 Foren und Workshops diskutierten die Botschafterinnen und Botschafter mit Fachleuten aus dem In- und Ausland über aktuelle außenpolitische Themen und auch Zukunftsthemen.

Der Wirtschaftstag am 26. August 2014 wurde von Außenminister Steinmeier und der Präsidentin des europäischen Industrieverbandes BUSINESSEUROPE, Emma Marcegaglia, eröffnet.

Der vorliegende Beitrag gibt Auszüge aus der Eröffnungsrede von Außenminister Steinmeier anlässlich der Botschafterkonferenz am 25. August 2014 wieder.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Redeauszüge Außenminister Steinmeier

Deutschland muss mehr außenpolitische Verantwortung wagen

Nach neun Monaten Krisenpolitik verdeutlichte Außenminister Steinmeier in seiner Rede zuallererst die Dringlichkeit, die hinter seiner bekannten These „Deutschland muss mehr politische Verantwortung wagen“ steht. Aktive deutsche Außenpolitik sei nicht *nice to have*, sondern existenzielle Notwendigkeit. Derzeit werde in Deutschland oft gesagt und geschrieben: „Deutschland geht es gut.“ Das sei genauso richtig wie erforderlich.

Daraus entstehe allerdings ein trügerisches Bild für die deutsche Außenpolitik. Nach dunklen Kapiteln der Geschichte habe sich unser Land wieder berappelt. Heute seien wir wieder vereint, fest in Europa verankert, wirtschaftlich stark, mit großem Wohlstand und sozialem Frieden, und jetzt sogar noch Fußballweltmeister! Kurzum: eine glückliche Insel, umtost, aber gut geschützt vom stürmischen Weltmeer. Viele mögen dies so sehen. Aus Sicht des Ministers sei dies allerdings eine Illusion, und es sei deshalb schade, dass den Diskussionen über Deutschlands Verantwortung in der Welt gelegentlich etwas Panisches anhafte.

Eine Umfrage der Körber-Stiftung im Auftrag des Auswärtigen Amtes habe kürzlich ergeben: rund 30 Prozent der Deutschen seien offen dafür, dass unser Land mehr Verantwortung übernehme, 70 Prozent sehen das skeptisch oder sehr skeptisch. Hier tue sich eine eklatante Lücke zwischen Bereitschaft und Erwartungen auf, die von außen an das Amt herangetragen würden, so Steinmeier weiter. Dies sei nicht hinnehmbar – diese Kluft müsse überbrückt werden.

Gefährliche Krisenherde

Steinmeier wies darauf hin, dass dem Auswärtigen Amt gegenwärtig viele gefährliche Krisenherde zu schaffen machten. Diese Krisen seien der aktuelle Ausdruck fundamentaler Veränderungen und auch neuer Bedrohungen. Wahr sei auch, dass diese Krisen heute uns näher als je zuvor seien und Deutschland mit der Welt, auch mit den Krisenregionen, vernetzter als je zuvor sei. Mit der Ukraine-Krise sei die Frage von Krieg und Frieden in all ihrer realpolitischen Wucht auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt – eine Kategorie, so argumentierten manche, die Europa verlernt und vergessen habe. In der Tat sei es absurd, dass 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges Russland dabei sei, bestehende Grenzen auf unserem Kontinent infrage zu stellen.

Dieser machtpolitischen Kategorie müsse man sich stellen. Es werde nicht einfacher werden, das langfristige Verhältnis zu Russland neu zu bestimmen. Notwendig bleibe es aber: „Denn ob als Partner oder Widerpart – unser größter Nachbar wird Russland auch nach der Krise bleiben.“

Steinmeier erklärte, dass im Nord-Irak die kurdischen Truppen gegen den ISIS-Terror kämpften – als letzte Bastion haarscharf vor den Außengrenzen der NATO und Europas. Wem das als geopolitische Beschreibung zu abstrakt klinge, der sei daran erinnert, wie unmittelbar Deutschland und Deutsche von diesen Konflikten betroffen seien: An Bord des malaysischen Flugzeuges MH17 waren unter den Hunderten Opfern auch Deutsche. Durch die Kämpfe im Gaza-Streifen seien auch sieben deutsche Staatsangehörige ums Leben gekommen. Und umgekehrt: Unter den ausländischen Kämpfern der mörderischen ISIS-Banden seien auch solche, die aus Deutschland kamen, und es sei zu befürchten, dass diese nach Deutschland zurückkehren könnten. Der Attentäter, der im Frühsommer vier Menschen im Jüdischen Museum in Brüssel ermordet hatte, habe zuvor sein Unwesen in Syrien getrieben und sei dann über Deutschland nach Brüssel gelangt.



Suche nach neuen Ordnungsstrukturen

Aus all den vielen Einzelbildern setze sich ein beunruhigendes Ganzes zusammen, so Steinmeier weiter. Eine Welt in Auflösung alter Strukturen, mit einer Vielzahl von nichtstaatlichen Akteuren auf der politischen Bühne, voll neuer, diffuser Gefahren. Wer vor 25 Jahren, nach dem Mauerfall, glaubte, jetzt beginne der unaufhaltsame Siegeszug liberaler Demokratie – manche hätten vom „Ende der Geschichte“ fantasiert – der irrte offenbar gewaltig. Richtig sei: Die alte bipolare Welt sei versunken. Aber eine neue Ordnung habe die Welt noch nicht gefunden. Unser System, die liberale Demokratie, stehe dabei in heftiger und in wachsender Konkurrenz.

Im nächsten Jahrzehnt werde China zur größten Volkswirtschaft der Welt. Wie Kevin Rudd, ehemaliger australischer Premierminister, kürzlich bei einer der Veranstaltungen des Auswärtigen Amtes zu 100 Jahren Erster Weltkrieg im Deutschen Historischen Museum hervorgehoben habe: „Es wird die erste nicht-westliche, nicht-englischsprachige, nicht-demokratische Nation auf diesem Platz sein, seit Friedrich der Große auf dem Thron von Preußen saß.“

Und selbst innerhalb der Europäischen Union gebe es Kräfte, die mit dem Abgesang auf die ach so schwerfällige, ach so schwache Demokratie auf Stimmenfang gingen. Leider gehöre auch dies inzwischen zu einer ehrlichen Analyse.

Nicht nur unsere spezifische Staatsform, die liberale Demokratie, stehe auf dem Prüfstand, sondern die Idee der Staatlichkeit überhaupt gerate in einigen Regionen ins Rutschen. Fragilität, Staaten am Rande des Scheiterns sei ein Phänomen nicht nur im Mittleren Osten, im Raum zwischen Syrien und Irak, der in Gewalt zu versinken drohe, sondern eine weit verbreitete Gefahr auch in Afrika – und damit eine Brutstätte der Krisen von morgen.

Erwartungshaltungen an Deutschland

Wenn in dieser Lage viele Partner erwartungsvoll auf Deutschland blickten, so sei dies nicht aus lauter Begeisterung für das deutsche Modell, sondern weil sie schlichtweg Engagement einforderten, das Deutschlands gewachsener Größe entspreche – und weil sie Engagement einforderten, wo andere ausfielen.

Die Partner Deutschlands in Europa seien intensiv mit der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen beschäftigt. Die Vereinigten Staaten blieben einzige Großmacht, aber auch sie machten gegenwärtig die Erfahrung, dass man auch im Nahen Osten nicht ohne Weiteres auf sie hören und auch sie nur begrenzten Einfluss auf die Krisenherde hätten.

Deutschland, so hätten es einige beschrieben, sei nach Jahrzehnten im wärmenden Nest erwachsen geworden und musste es werden. Bis 1990 wurde Deutschland als geteilter Staat am Eisernen Vorhang zur Bewältigung der großen internationalen Krisen nicht allzu sehr in Anspruch genommen. Seit der Wiedervereinigung hätten wir gelernt, dass wir international als Träger gleicher Rechte, aber eben auch als Träger gleicher Pflichten begriffen werden.

Der Balkan-Krieg der Neunzigerjahre, Afghanistan und Irak, waren Etappen in diesem Lernprozess. Die deutsche Entscheidung zum Irak-Krieg habe dabei gezeigt, dass wir auch Nein sagen können. Aber eines sei über die Jahre immer deutlicher geworden: „Sich einfach raushalten aus dem ‚Wüten der Welt‘, das funktioniert eben nicht mehr.“

Heute sei eine kluge und aktive Außenpolitik nicht mehr Kür, sondern die Pflicht Deutschlands. Dies schuldeten wir der gemeinsamen Verantwortung mit unseren Partnern, aber auch unseren eigenen Interessen in einer gefährlichen Welt.



„Review2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ – Vier Thesen

Der Instrumentenkasten der Diplomatie sei reichhaltiger als viele in der Öffentlichkeit dächten, so der Außenminister weiter. Mit dem Projekt „Review2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ wolle man den Instrumentenkasten in seiner ganzen Bandbreite erklären und – wo möglich – erneuern, erweitern und nutzbar machen. Im ersten halben Jahr für die strategische Orientierung und für die Inventur des Instrumentenkastens habe er, wenn auch in aller Vorläufigkeit, vier Thesen entwickelt:

These 1: Die Problemlösung steht an allererster Stelle.

Brücken bauen, Werkzeuge schmieden und Mitsreiter suchen – in den anderen Ressorts und unter internationalen Partnern – Hand anlegen: alles Mögliche zu tun, um Lösungen für eine friedlichere Welt anzubieten. „Mehr Verantwortung“ sei weder der Ruf nach militärischen Abenteuern noch eine Phase für Sonntagsreden – sondern Verantwortung sei immer konkret.

Praktische Diplomatie sei aber niemals risikofrei, und sie müsse immer wieder Rückschläge verkraften. Im Ukraine-Konflikt zum Beispiel nutze man Verhandlungsrunden, Beobachtermissionen, Vermittlungsangebote und wo nötig auch Druckmittel und Sanktionen.

Aber gerade dann, wenn es Rückschläge gebe, sage er zu jedem Mittel – das gelte ausdrücklich auch für Sanktionen: „Nichts davon ist Selbstzweck. Nichts davon ist Kräfteressen. Sondern alles gilt vom Ende her: Politische Lösungen für den Konflikt zu entwerfen, Schritte – manchmal nur Millimeter – dahin zu gehen, vor allem, den Krieg zu vermeiden.“

These 2: Der Wettbewerb der Systeme ist in vollem Gange.

Der Wettbewerb der Systeme sei in vollem Gange, und es machten sich neue, selbstbewusste *Player* auf, deren politische Verfassungen regelmäßig nicht dem Westminster-Ideal einer europäischen Demokratie entsprächen. All dies sei richtig, aber unsere westliche Demokratie habe ihnen allen etwas voraus: „Die Fähigkeit, sich selbst infrage zu stellen und zu erneuern. Genau das ist unsere Stärke in der Welt von heute, die sich in dramatischer Geschwindigkeit verändert und in der es deshalb immer mehr auf Lernfähigkeit und Anpassungsfähigkeit ankommt.“

In der Außenpolitik müssten folgende Fragen gestellt werden:

- Was ist wichtig, was ist weniger wichtig in unserer Arbeit?
- Was kann Deutschland leisten und was nicht?
- Wie können wir schneller auf Krisen reagieren?
- Wie können wir effektive Mittel ergreifen, um Krisen dort vorzubeugen, wo Staatlichkeit zu scheitern droht?
- Wie verzahnen wir neue Gebiete der Außenpolitik – das Stichwort Digitalisierung zum Beispiel – mit den Mitteln der Außenpolitik – wie etwa Kultur und Bildung?
- Und wie spiegeln wir sie im Haushalt wider? Auch das sei keine ganz unwichtige Frage.

These 3: Wer Probleme lösen will, muss Widersprüche aushalten.

Natürlich folge man, so Außenminister Steinmeier, außenpolitischen Grundsätzen. Aber wo Grundsätze miteinander in Konflikt gerieten und die Realität Deutschland vor schwierige Optionen stelle, da bestehe Außenpolitik in Abwägung. Der Fall Nord-Irak stelle die Bundesregierung vor solche Abwägungen. Einerseits bestehe das Prinzip,



keine Waffen in Krisengebiete zu liefern. Ja, Waffen können mehr Gewalt erzeugen, und die Kurden verfolgten Interessen, die nicht immer identisch mit deutschen Interessen seien.

Andererseits gelte aber auch der Grundsatz, Menschenleben zu schützen. Die Kurden seien das wichtigste Bollwerk gegen die Mörderbanden von ISIS. Würden sie von ISIS überrannt, seien nicht nur Tausende Menschenleben, sondern die Stabilität der gesamten Region in akuter Gefahr.

Wer sich solchen Entscheidungen reflexhaft entziehe, der halte nicht die Grundsätze hoch, sondern verstecke sich auch ein wenig hinter ihnen. Verantwortung trügen wir am Ende für unser Nichthandeln – genau wie für unser Handeln.

Deshalb habe die Bundesregierung trotz der Risiken gesagt: „Der weitere Vormarsch der ISIS muss gestoppt werden, und deshalb können wir den Peschmerga-Kämpfern nicht nur anerkennend auf die Schulter klopfen, sondern wir sind bereit, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern die Ausrüstung zu liefern, die notwendig ist, damit die Kurden der Mörderbande von ISIS Einhalt gebieten können.“

These 4: Aktive deutsche Außenpolitik gibt es nur in und durch Europa.

Wer glaube, dass Deutschland in dieser Welt auch nur ein einziges Problem alleine lösen könne, der unterliege einer Täuschung. Deutschland könne nur mit seinen Partnern und in seinen Bündnissen Gewicht haben. Dieser Grundsatz bewiese sich auch im Konkreten. In den aktuellen Krisenherden habe Europa trotz aller Debatten und Krisen und trotz aller unterschiedlichen Ausgangspunkte geschlossen reagiert, gerade auch in der Ukraine-Krise. Natürlich sei das historische Verhältnis zu Russland quer durch Europa höchst unterschiedlich. Für manche im Westen ein ziemlich weit entfernter Handelspartner, aber vielen im Osten noch im Gedächtnis als jahrzehntelanger Unterdrücker, und für Deutschland – mit seiner geteilten Geschichte – ein bisschen von beidem.

Trotz dieser verschiedenen Sichtweisen sei es gelungen, zu einer gemeinsamen europäischen Haltung zu kommen. Gerade mit Frankreich gehe man immer wieder gemeinsam voran. Wenn man diesen Weg weiter gehe, dann könnten die vielen Krisen dieser Tage am Ende auch ein Integrationsimpuls für Europas Außenpolitik sein.

In Inneren müsse Europa so beschaffen sein, dass es nach außen handlungsfähig sei. Europa müsse das bewahren, was das ‚Modell Europa‘ in den Augen der Welt stark und attraktiv mache; nämlich die spezifische Verbindung von Freiheit und Zusammenhalt, Marktwirtschaft und Sozialstaat, Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Ausgleich. Dies seien die zwei Seiten derselben Medaille Europa. Diese Balance zu verteidigen werde eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Kommission sein.

Wertung

Die Botschafterkonferenz und die starke Medienpräsenz gaben Außenminister Frank-Walter Steinmeier gute Gelegenheit, die Leitlinien und Entwicklungen der deutschen Außenpolitik darzustellen.

Die Auffassung, wie in manchen Medien dargestellt, dass es sich in der deutschen Außenpolitik um einen Paradigmenwechsel handele, teile ich nicht. Bereits vor zehn Jahren haben kluge Köpfe der Bundesregierung empfohlen, eine aktivere Rolle in der Außenpolitik einzunehmen.

Auch die Studie „A Security Strategy for Germany“ aus dem Jahre 2008 von Dr. Andreas Schockenhoff, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, wies auf Deutschlands Sicherheitsinteressen im Rahmen einer europäischen Sicherheitsstrategie hin, stellte die Bedrohungslage dar und gab Empfehlungen für die deutsche Sicherheitspolitik (<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=90089>).



Es handelt sich also um einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die gefährlichen, weltweit zunehmenden krisenhaften Entwicklungen erfordern jetzt allerdings rasche Entscheidungen und ein kluges Abwägen bei politischen und militärischen Maßnahmen.

Ein wichtiges Mittel des Krisenmanagements ist die Notwendigkeit, sich in die Perzeption anderer staatlicher Entscheidungsträger hineinzusetzen, um angemessene Maßnahmen einleiten und umsetzen zu können. Schönreden, wegschauen, nicht handeln, sind nicht zielführend, vergrößern eher die Krise/Krisen.

Enttäuschung mag das Ende der Täuschung sein – die Zusagen der russischen Führung gegenüber hochrangigen politischen Entscheidungsträgern in Berlin im Hinblick auf eine mögliche Lösung der Ukraine-Krise haben sich meistens sehr schnell als Unwahrheiten entpuppt. Der Vertrauensverlust, der hier auf deutscher Seite entstanden ist, übersteigt bei Weitem die Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Washington wegen der NSA-Affäre.

Die jüngsten Meldungen, dass russische Panzer, Artillerie und Infanterie in die östliche Ukraine einsickerten, sind beunruhigend. Die Aufforderung der Bundeskanzlerin in ihrem Telefonat mit dem russischen Staatspräsidenten Putin am 27. August 2014, dass Berichte über die Präsenz russischer Soldaten auf ukrainischem Territorium aufgeklärt werden müssten, werden bei Putin kaum Wirkung haben. Eine Deeskalation seitens Russlands ist bislang nicht erkennbar – im Gegenteil, Putin verstärkt seine Eskalationsmaßnahmen. Hier sollte man sich des Spruchs erinnern: „Nicht an ihren Worten, an ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“

Aus offenen Quellen deutscher Sicherheitskreise verlautet, dass die russischen Nachrichtendienste großes Interesse an der Position Deutschlands zum Ukraine-Konflikt und an unserer aktuellen russischen Außen- und EU-Politik, an wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation sowie an möglichen Umgehungsstrategien hätten.

Ausgehend von der gegenwärtigen russischen Bedrohungslage der Ukraine und längerfristig zu erwartenden Spannungen zwischen Russland und der Europäischen Union hat ein westeuropäischer Nachrichtendienst richtige Schlussfolgerungen gezogen. Er verstärkt die nachrichtendienstlichen Aufklärungsaktivitäten gegenüber Russland mit exzellentem Personal, auch im Bereich der Gegenspionage.

Die von Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede geschilderten potenziellen Bedrohungen deutscher, europäischer, westlicher Interessen und Werte sowie die sich daraus ergebenden Herausforderungen sind deutlich erkannt. Gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern kommt es nun darauf an, diese Erkenntnisse erfolgreich in Realpolitik umzusetzen.



Ergänzende ISPSW Publikationen Ukraine/Russland:

Worcester, Maxim: Putin's Proxy Warfare Strategy

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
August 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=182503>

Prof. Dr. Schneider, Eberhard: Die Ukraine zwischen Russland und der Europäischen Union

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
August 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=182849>

Prof. Dr. Schneider, Eberhard: Die neue Putin-Doktrin

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
Juli 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=182443>

Prof. Dr. Schneider, Eberhard: Russland – Kein Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
Juli 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=182266>

Thiele, Ralph D.: Reflections on the Ukraine Crisis

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
Mai 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=180307>

Worcester, Maxim: Are the Russian Armed Forces a Threat to NATO?

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
Mai 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=179887>

Dr. Olshausen, Klaus: Putins Klaviatur der Machtpolitik – Der Westen zwischen Reaktion und Deeskalation

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
April 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=178723>

Dr. Olshausen, Klaus: Der Konflikt in und um die Ukraine – Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
April 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?en&id=178570>

Dr. Olshausen, Klaus: Der Konflikt in und um die Ukraine: Der VN Sicherheitsrat blockiert - EU und NATO gefragt

in: International Relations and Security Network (ISN), Center for Security Studies (CSS)
März 2014, ETH Zürich
<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=177879>



Über den Autor dieses Beitrags

Seit Januar 2006 ist Dr. Peter Roell Präsident des Instituts für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) in Berlin. Zuvor war er als Senior Advisor für Außen- und Sicherheitspolitik an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel tätig. In Deutschland leitete Dr. Roell das Referat Asien-Pazifik, Lateinamerika und Afrika (Subsahara) und war an deutschen Botschaften im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien tätig.

Dr. Roell studierte Sinologie und Politische Wissenschaften an den Universitäten in Bonn, Taipei und Heidelberg und promovierte an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg.

Dr. Roell ist Ancien des NATO Defense College in Rom und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) in Berlin.



Dr. Peter Roell